



10.057

6 Wochen Ferien für alle. Volksinitiative

ARGUMENTARIEN CONTRA

**MEHR
FERIEN
=
=
WENIGER
JOBS**





**«MIT DER FERIENINITIATIVE SÄGEN
WIR AM AST, AUF DEM WIR SITZEN.»**

DIE FERIENINITIATIVE SCHADET DEN KMU

- **KMU leiden bereits unter dem starken Franken und im internationalen Vergleich hohen Arbeitskosten.**
- **Die Annahme der Initiative kostet die KMU über 6 Milliarden Franken pro Jahr.**
- **Zusätzliche Belastungen liegen in der Krise nicht drin.**

DIE FERIENINITIATIVE GEFÄHRDET ARBEITSPLÄTZE UND WOHLSTAND

- **Höhere Arbeitskosten schaden der Konkurrenzfähigkeit unserer KMU.**
- **Höhere Arbeitskosten führen zur Verlagerung von Arbeitsplätzen ins günstigere Ausland.**
- **Weniger Arbeitsplätze gefährden den Wohlstand in der Schweiz.**

DIE FERIENINITIATIVE SCHADET DEN ARBEITNEHMENDEN

- **Flexible Arbeitszeitmodelle sind durch die Initiative gefährdet.**
- **Mehr Ferien führen zu weniger Lohn.**
- **Längere Stellvertretungszeiten bedeuten mehr Stress.**

WAS DIE FERIENINITIATIVE WILL

HÖHEREN FERIANANSPRUCH IN DER VERFASSUNG FESTSCHREIBEN

Die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» der Gewerkschaft Travail.Suisse will das Recht auf sechs Wochen bezahlte Ferien für alle Arbeitnehmenden in der Bundesverfassung festschreiben. Wird die Initiative am 11. März 2012 angenommen, müsste der gesetzliche Ferienanspruch im ersten Jahr von heute vier auf fünf Wochen angehoben werden. In den kommenden fünf Jahren dann um je einen Tag pro Jahr.

DIE HEUTIGE REGELUNG: SOZIALPARTNERSCHAFTLICH, FLEXIBEL UND BEWÄHRT

Heute gilt in der Schweiz gemäss Obligationenrecht ein Ferienanspruch von mindestens vier Wochen pro Jahr. Arbeitnehmende unter 20 Jahren haben Anspruch auf fünf Wochen. Und viele Angestellte profitieren dank Gesamtarbeitsverträgen oder Firmenregelungen be-

reits heute von wesentlich grosszügigeren Ferienregelungen. Diese sozialpartnerschaftlichen und flexiblen Lösungen haben sich bewährt. Das Bundesamt für Statistik weist die durchschnittlichen Ferien der 20- bis 49-Jährigen im Jahr 2010 mit 4,8 Wochen und die der über 50-Jährigen gar mit 5,4 Wochen aus.¹

BUNDESRAT, PARLAMENT UND WIRTSCHAFT ENGAGIEREN SICH GEMEINSAM

Die Gewerkschafts-Initiative wird von einer breiten Allianz entschieden abgelehnt: Der Bundesrat hat das Begehren ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen und auch im Parlament war die Initiative chancenlos und wurde deutlich verworfen (im Nationalrat mit 122:61 Stimmen, im Ständerat mit 32:10 Stimmen). Der Linken stand dabei ein geschlossenes und breites Bündnis von SVP, FDP, CVP, GLP und BDP gegenüber. Der Schweizerische Arbeitgeberverband,

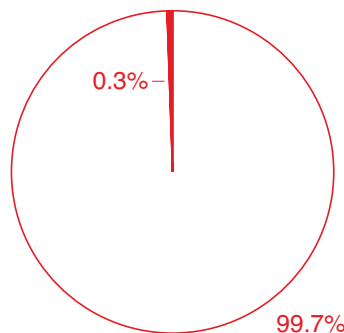
economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband und weitere Wirtschaftsorganisationen und Wirtschaftsverbände lehnen die Initiative ebenfalls ab. Die Initiative hätte auch negative Konsequenzen für die Kantone: Denn eine Erhöhung der bezahlten Ferien belastet auch die Kantonsbudgets und müsste über Steuererhöhungen oder Sparmassnahmen wieder ausgeglichen werden.

¹ Quelle: Bundesamt für Statistik (BfS), Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE). Durchschnittliche Anzahl bezahlter Ferienwochen pro Jahr. Nur Vollzeitarbeitende mit unbefristetem Arbeitsverhältnis oder mit einer Vertragsdauer über einem Jahr. <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/02/blank/data/03.Document.100800.xls>

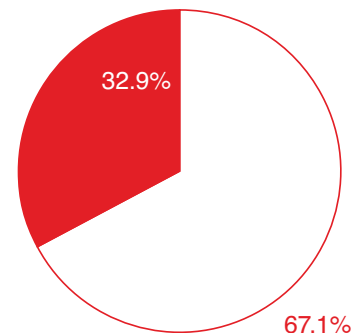
DIE SCHWEIZ IST EIN KMU-LAND

Über 99 Prozent aller Firmen haben weniger als 250 Angestellte und mehr als 67 Prozent aller Beschäftigten arbeiten in einem KMU. Gerade diese kleinen und mittleren Unternehmen würden besonders unter der Ferieninitiative leiden.

UNTERNEHMENSGRÖSSEN



BESCHÄFTIGTE



□ KMU
■ Grossunternehmen

Quelle: Bundesamt für Statistik

DIE FERIENINITIATIVE SCHADET DEN KMU

SCHLECHTER ZEITPUNKT FÜR MEHRBELASTUNGEN

Die Schweiz ist ein KMU-Land – 99,7 Prozent unserer Unternehmen beschäftigen weniger als 250 Arbeitnehmende. Sie schaffen zwei Drittel der Arbeitsplätze, bilden 70 Prozent der Lernenden aus und sorgen für einen innovativen und international konkurrenzfähigen Standort Schweiz. Die Ferieninitiative belastet alle Schweizer Unternehmen – doch KMU sind besonders stark betroffen, weil eine Erhöhung der Absenzen bei einer kleinen Belegschaft stärker ins Gewicht fällt. Je weniger Mitarbeitende, desto schwieriger ist es, die Abwesenheiten aufzufangen. Die Initiative erhöht die Produktionskosten zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt. Denn der Spielraum in den Unternehmen ist heute klein und die weltweite wirtschaftliche Abkühlung wird unsere KMU und insbesondere die exportorientierten Unternehmen in den nächsten Jahren enorm fordern.

KLEINE UNTERNEHMEN GERATEN AM STÄRKSTEN UNTER DRUCK

Die 88 Prozent der sogenannten Mikrobetriebe mit weniger als zehn Mitarbeitenden bekämen die Folgen der Initiative besonders hart zu spüren. Die Arbeitskosten stiegen durch zwei zusätzliche Ferienwochen jährlich um bis zu einem halben Monatslohn pro Arbeitnehmer. Ausserdem müssten die Unternehmer zusätzlich für bezahlte Stellvertretungen sorgen. Das ist vielfach schwierig, weil Personen mit dem benötigten Know-how fehlen. Wenn sich ein Unternehmen allerdings keine Stellvertretung leisten kann, muss es Produktionseinbussen in Kauf nehmen. Doch kleinste Betriebe, beispielsweise eine Bäckerei mit nur fünf Angestellten, stecken weder den erhöhten Personalausfall noch den Kostenanstieg leicht weg. Für sie könnte mit der Initiative die Existenz auf dem Spiel stehen.

NOCH MEHR ABSENZEN ZU DEN HAUPTFERIENZEITEN

Vor allem für Familien mit schulpflichtigen Kindern sind die Hauptferienzeiten gesetzt. Gleiches gilt für

Personen, deren Partnerin oder Partner im Schulbereich tätig ist. Das würde heissen, dass noch mehr Angestellte zur Hauptferienzeit abwesend wären. Weil auch Arbeitnehmende ohne Kinder nicht nur im November oder Januar verreisen wollen, käme es vermehrt zu Abwesenheitskumulationen. Dies würde kleine und mittlere Betriebe gefährlich lähmen. Überschneidungen oder ein über längere Zeit reduzierter Betrieb wären vorprogrammiert und würden die Planung und ein effizientes Arbeiten in Kleinbetrieben schwierig machen. Das ist gefährlich, denn wer keine Kontinuität gewährleisten kann, verliert oft auch den Auftrag. Würden die Arbeitnehmenden gezwungen, die Ferien zu bestimmten Zeiten zu beziehen, wären die KMU gegenüber flexibleren Grossunternehmen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt.

«DIESE INITIATIVE IST FÜR KLEINE UND KLEINSTE BETRIEBE ÄUSSERST SCHÄDLICH UND NICHT BEZAHLBAR.»

Edi Engelberger,
alt Nationalrat FDP, Die Liberalen

Es darf auch nicht vergessen gehen, dass viele junge Männer zusätzlich drei bis vier Wochen im Jahr im Militärdienst sind. Das fällt gerade bei KMU stark ins Gewicht. Weitere Abwesenheiten wären für sie kaum mehr verkraftbar.

INITIATIVE KOSTET JÄHRLICH ÜBER 6 MILLIARDEN FRANKEN

Die Schweizer Wirtschaft steht heute im internationalen Vergleich gut da. Das Land hat die Finanz- und Wirtschaftskrise bis jetzt gut gemeistert, und die Arbeitslosenzahlen sind im Vergleich mit unseren Nachbarländern tief. Doch die Aussichten sind wenig erfreulich. Wegen des starken Frankens und der im internationalen Vergleich sehr hohen Lohn- und Arbeitskosten³ haben die Schweizer KMU gegen einen grossen Standortnachteil zu kämpfen. Eine weitere Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit unserer KMU liegt nicht drin! Genau das hätte die Ferieninitiative aber zur Folge. Der Bundesrat rechnet damit, dass allein die Lohnkosten pro zusätzliche Ferienwoche um zwei Prozent zunehmen würden. Berücksichtigt man die heute praktizierten durchschnittlichen Ferienregelungen (4,8 Wochen Ferien für 20- bis 49-Jährige und 5,4 Wochen Ferien für über 50-Jährige), betragen die Mehrkosten über 6 Milliarden Franken. Diese müssten die Schweizer Unternehmen jährlich berappen. Nicht eingerechnet ist dabei der Aufwand, der durch zusätzliches Personal oder geringere Wertschöpfung, komplizierte Stellvertreterregelungen und zusätzlichen Aufwand für die Organisation entsteht. Die volkswirtschaftlichen Kosten der Initiative dürften deutlich höher ausfallen. Die Konkurrenzfähigkeit unserer KMU würde mitten in der Krise nochmals empfindlich geschwächt.

GESETZLICHER FERIEANSPRUCH IM VERGLEICH: SCHWEIZ GLEICHAUF MIT DEUTSCHLAND UND ITALIEN

Sowohl die Europäische Sozialcharta als auch die Europäische Union schreiben einen Mindestjahresurlaub von vier Wochen vor. Die Schweiz hält beide Richtlinien freiwillig ein. Generell ist ein internationaler Ferienvergleich schwierig, da er von verschiedenen Faktoren abhängt (etwa der Jahresarbeitszeit, den Feiertagsansprüchen oder der Regelung im Krankheitsfall). Am einfachsten ist der Vergleich der gesetzlich vorgeschriebenen Urlaubstage.⁴ In diesem Vergleich liegt die Schweiz mit vier Wochen gleichauf mit Deutschland, Belgien, Irland, Italien und den Niederlanden. Frankreich und Schweden kommen auf fünf Wochen. In Frankreich und teilweise auch in Italien trägt aber der Arbeitnehmer das Risiko einer allfälligen Erkrankung während der Ferien. In der Schweiz aber werden die Ferien durch eine Erkrankung unterbrochen. In Schweden und Frankreich muss man sich seine freien Tage gar erst verdienen. So hat der Mitarbeitende erst nach einer Mindestbeschäftigungsdauer Anspruch auf Ferien.

Kanada und die USA haben weniger grosszügige Ferienregelungen. So bekommen Kanadierinnen und Kanadier von Gesetzes wegen nur zehn Ferientage pro Jahr. In den USA gibt es keinen gesetzlichen Ferienanspruch, die Arbeitnehmenden erhalten jedoch durchschnittlich 15 Tage pro Jahr. In Japan hängt der Ferienanspruch von der Beschäftigungsdauer ab und liegt zwischen zehn und 20 Tagen.

NICHT NUR DIE ZAHL DER FERIENTAGE IST ENTSCHEIDEND

Die Schweizer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegen mit ihrem Minimalanspruch von vier Wochen Ferien pro Jahr im europäischen Vergleich zwar nicht im vordersten Bereich, kennen dafür jedoch andere Vorteile: So sind sie vielfach völlig frei, wann sie ihre Ferien beziehen möchten. Diese Flexibilität ist wichtig und spricht für die guten sozialpartnerschaftlichen Beziehungen. Ausserdem kommt hinzu, dass viele Arbeitgebende ihren Mitarbeitenden Brückentage zwischen den Feiertagen ermöglichen. Die Schweizerinnen und Schweizer verfügen zudem über durchschnittlich acht bis zehn bezahlte Ferientage pro Jahr. Rechnet man diese zu den Ferien dazu, ergibt sich ein deutlich höherer Feriensaldo. Das ist nicht selbstverständlich. Denn gesetzlich sind die Arbeitgeber nur verpflichtet, an den acht gesetzlichen Feiertagen bezahlte Ferien zu gewähren. Mit der Ferieninitiative steigt der Druck auf Unternehmen, in wirtschaftlich schwierigen Situationen die freiwilligen Feiertage, wie beispielsweise Allerheiligen oder den Berchtoldstag, durch Ferientage zu ersetzen.

³Die durchschnittlichen Arbeitskosten pro geleistete Arbeitsstunde lagen in der Schweiz 2008 bei 35.05 Euro. Damit gehört die Schweiz mit Belgien und Luxemburg zur Spitzengruppe.

Quelle: Schätzungen BFS für die Schweiz, Eurostat (Stand: Dezember 2010), <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/international/22/lexi.html>, Arbeitskosten pro Stunde im Produktions- und Dienstleistungssektor.

⁴Gesetzlicher Urlaubsanspruch – weltweite Studie, Mercer (Switzerland) SA, 2009, <http://www.mercer.ch/press-releases/1360650>

DIE INITIATIVE GEFÄHRDET ARBEITSPLÄTZE

DIE KONKURRENZFÄHIGKEIT UNSERER KMU LEIDET

Mit einem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanspruch von sechs Wochen Ferien stünde die Schweiz in Europa einsam an der Spitze. Für die Schweiz und ihre Volkswirtschaft wäre das ein grosser Nachteil. Die hohen Lohnkosten und die langen gesetzlichen Ferienvorschriften könnten internationale Unternehmen davon abhalten, ihre Niederlassungen in die Schweiz zu verlegen oder diese dort zu erhalten. Gleiches gilt für die Gründung von Unternehmen. Genau das hat der Schweiz aber in den letzten Jahrzehnten Wachstum und Wohlstand beschert. Von den hohen Steuereinnahmen ganz zu schweigen.

«DIE INITIATIVE WÜRDIE DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES SCHWEIZERISCHEN WERKPLATZES BELASTEN UND KÖNNTE EINEN STELLEN-ABBAU ZUR FOLGE HABEN.»

Peter Malama,
Nationalrat FDP.Die Liberalen

Schweizerische und ausländische internationale Unternehmen erarbeiten einen Drittel des Schweizer Bruttoinlandsprodukts und sichern so Zehntausende Arbeitsplätze. Vor allem die spezialisierte KMU-Zulieferindustrie hat von ihnen profitiert und konnte stark wachsen. Die Schweizer KMU wären somit von der Ferieninitiative gleich doppelt betroffen: Verlieren die grossen Unternehmen an Konkurrenzfähigkeit, werden sie weniger Güter und Dienstleistungen bei KMU in der

Schweiz nachfragen. Sie könnten gezwungen sein, ausländischen Zulieferern den Vorrang zu geben. Neben Auftragsausfällen wären die KMU auch noch mit höheren Arbeitskosten und längeren Abwesenheiten konfrontiert. Das wiederum führt zu höheren Betriebskosten, die die KMU bei Exporten weniger konkurrenzfähig machen.

DROHENDER ABBAU VON ARBEITSPLÄTZEN

Die Schweiz kann es sich nicht erlauben, ihren Standort derart zu schwächen. Denn gerade in der heutigen stark globalisierten Wirtschaft ist der Druck hoch, Arbeitsplätze in ein Land mit tieferen Arbeitskosten und weniger strengen Ferienregeln zu verlagern oder Leistungen nicht mehr selbst zu erbringen, sondern einzukaufen. Kehrt ein Betrieb der Schweiz den Rücken, verschwinden Arbeitsplätze und die Arbeitslosigkeit steigt.

Viele KMU können ihre Arbeitsplätze aber nicht verlagern. Welche Folgen die Initiative für sie haben würde, hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Sie müssen entweder in der Lage sein, die höheren Arbeitskosten mit Produktivitätsfortschritten zu kompensieren, oder aber Einschnitte beim Personal vornehmen. Kommt das nicht infrage, müsste das Unternehmen die Stellen ganz abbauen oder im schlimmsten Fall den Betrieb einstellen. All diese Konsequenzen erhöhen insbesondere den Druck auf schlecht ausgebildete Arbeitnehmende, weil es für sie immer schwieriger wird, neue Arbeitsstellen zu finden.

DER WOHLSTAND WIRD AUFS SPIEL GESETZT

Die Schweiz bietet der Bevölkerung ein hohes Mass an Wohlstand. Dazu gehören leistungsfähige Verkehrsinfrastrukturen bis in entlegene Regionen und vorbildliche Sozialwerke. Das Erbringen dieser Dienstleistungen hat aber seinen Preis. Dank der hohen Produktivität und der guten Arbeitsmoral in der Schweiz ist unser Wohlstand finanzierbar.

Die schweizerische Volkswirtschaft ist heute eine der wettbewerbsfähigsten der Welt. Diese Stellung haben sich die Schweizerinnen und

«EIN BLICK INS AUSLAND ZEIGT: ALLE EINGRIFFE IN DEN ARBEITSMARKT HABEN ZU HÖHERER ARBEITSLOSIGKEIT GEFÜHRT.»

Sylvia Flückiger-Bäni, Nationalrätin SVP

Schweizer hart erarbeitet. Als rohstoffarmes Land muss die Schweiz zu ihrer wichtigsten Wohlstandsquelle – der Arbeitskraft – Sorge tragen. Denn nur so kann der Wohlstand erhalten und die Arbeitslosigkeit tief gehalten werden. Mit starren Regeln in der Verfassung schneidet sich die Schweiz ins eigene Fleisch, gefährdet ihre Stellung im globalen Wettbewerb und setzt den Wohlstand aufs Spiel.

DIE GEWERKSCHAFTS-INITIATIVE SCHADET DEN ARBEITNEHMENDEN

FLEXIBLE LÖSUNGEN SIND DURCH DIE INITIATIVE GEFÄHRDET

Unbestritten ist, dass längere Ferien zu mehr Erholung führen können. Ebenso klar ist aber, dass sie auch zusätzliche Belastungen schaffen können. Doch dies ist nicht der einzige Weg zu einer ausgeglichenen Life-Work-Balance: Der Trend geht mehr und mehr Richtung flexibles Arbeiten. Viele Branchen haben bereits Regelungen eingeführt, die den Arbeitnehmenden die Möglichkeit geben, ihre Arbeitszeit so zu wählen, dass sie ihren Bedürfnissen entspricht. Vielen Arbeitnehmenden ist mit flexiblen Arbeitszeiten und attraktiveren Arbeitsbedingungen, bei-

spielsweise durch Jobrotationen, mehr gedient als mit einer Ferienpauschallösung. Der im europäischen Vergleich hohe Anteil von 34,1 Prozent Teilzeitstellen in der Schweiz zeigt, dass die Flexibilität durch sozialpartnerschaftliche Lösungen gewährleistet ist.⁵

Ferien verbessern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht. Familienfreundliche Arbeitszeiten, die Möglichkeit bei Bedarf zu Hause zu arbeiten, Jobsharingstellen oder Kinderbetreuungsangebote können für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hilfreicher sein als zwei zusätzliche Ferienwochen. Müssen die Arbeitgebenden aber von Gesetzes-

wegen ein bis zwei Wochen mehr Ferien finanzieren, wird vielen die Flexibilität fehlen, ihren Mitarbeitenden bei persönlichen Bedürfnissen entgegenzukommen. Auch die Gewährung von mehr Ferien für körperlich anspruchsvolle Berufe würde wegfallen. Diese Gleichmacherei ist für das Verhältnis zwischen den Sozialpartnern und für den schweizerischen Arbeitsmarkt schädlich. Die Branchen und ihre Angestellten kennen ihre Bedürfnisse und sollen weiterhin gemeinsam die passenden Lösungen erarbeiten können.

DIE INITIATIVE BELASTET DIE STEUERZAHLENDEN

Wird die Initiative «6 Wochen Ferien für alle» angenommen, hat das nicht nur Folgen für die Privatwirtschaft. Auch die öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnisse wären vom neuen Verfassungsartikel betroffen. Auf Bund, Kantone und Gemeinden kämen aufgrund längerer Ferienansprüche höhere Arbeitskosten zu. Denn für Angestellte der Bundesverwaltung gelten bis zum 50. Altersjahr vier Wochen Ferien. Diese Regelung gilt auch in der Mehrzahl der Kantone. Nach dem 50. Altersjahr steigen die Ferien meist auf fünf, nach 60 auf sechs Wochen an. Auch die Kantone würde die Mehrbelastung zu einem schlechten Zeitpunkt treffen. Sie kämpfen sowohl mit der schwachen Konjunktur wie auch gegen Budgetdefizite. Denn ab 2012 gilt die neue Spitalfinanzierung, die den Kantonen eine Mehrbelastung von bis zu 1 Milliarde Franken pro Jahr beschert. Müssen Bund und Kantone nun auch noch mehr für ihre Personalbudgets einplanen, könnte das zusätzliche Steuererhöhungen oder Sparpakete zur Folge haben.

ZUDEM GREIFT DIE FERIENINITIATIVE MIT IHREN STARREN REGELN IN DIE AUTONOMIE DER KANTONE EIN. DIES WÜRDEN UNWEIGERLICH AUCH IN ANDEREN BEREICHEN NACH EINHEITLICHEN REGELN RUFEN.

«WIR LEBEN HEUTE IN EINEM ZEITALTER DER FLEXIBLEN ARBEITSZEITMODELLE. DIESE FLEXIBILITÄT, DIE ENG VON UNTERNEHMEN UND MITARBEITENDEN ERARBEITET WIRD, SOLLTEN WIR NICHT GEFÄHRDEN, INDEM WIR JETZT WIEDER STARRE VORSCHRIFTEN EINFÜHREN.»

Dr. Markus Zemp, alt Nationalrat CVP

⁵Quelle: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/international/22/lexi.html>, ausgewählte Arbeitsmarktindikatoren im internationalen Vergleich, 2. Quartal 2010.

MEHR FERIEN FÜHREN ZU WENIGER LOHN

Die Ferieninitiative schränkt mit ihrer pauschalen Forderung sowohl die Arbeitnehmenden als auch die Arbeitgebenden ein. Individuelle Lösungen, die in den letzten Jahren für einen Konsens zwischen den Sozialpartnern gesorgt haben, werden leichtsinnig über Bord geworfen. Zudem ist klar: Produktivitätsfortschritte, die nötig sind, um als Unternehmen international konkurrenzfähig zu bleiben und die Vollbeschäftigung zu erhalten, können nicht nur über längere Ferien an die Arbeitnehmenden weitergegeben werden. Die Unternehmen müssen auch die Produktivitätsveränderungen gegenüber dem Ausland mit einbeziehen. Für viele Angestellte ist es zudem genau so wichtig, wie viel sie verdienen, welche Lohnent-

wicklung möglich ist und von welchen Lohnnebenleistungen sie profitieren. Werden die KMU aber

«DIE MEISTEN LEUTE HABEN HEUTE EIN ANDERES PROBLEM ALS ZU WENIG FREIZEIT: SIE WOLLEN IN DER TEUREN SCHWEIZ MEHR IN DER LOHNTÜTE HABEN – SO EINFACH IST DIE GESCHICHTE!»

This Jenny, Ständerat SVP

jährlich mit bis zu einem halben Monatslohn pro Beschäftigten mehr belastet, bleibt für Lohnerhöhungen nichts übrig. Die Verlierer sind die Angestellten.

GLEICHER LOHN BEI WENIGER ARBEIT – EINE ILLUSION

Die Initianten erwarten selbstverständlich, dass die geforderte Verlängerung der Ferien bei gleichem Lohn stattfinden soll. Gerade KMU werden aber nicht immer in der Lage sein, die kürzere Arbeitszeit ihrer Angestellten zum gleichen Lohn zu vergüten. Denn dieser Lohnzuwachs müsste durch einen Produktivitätsgewinn wettgemacht werden, sonst geht die Rechnung nicht auf. Die Arbeitgebenden haben zwei Möglichkeiten: entweder die Löhne nach unten zu korrigieren oder solange auf Lohnerhöhungen zu verzichten, bis der Produktivitätsverlust kompensiert ist. Für die Arbeitnehmenden wird die Initiative damit zum Bumerang.

SCHWARZARBEIT IN DER NEU GEWONNENEN FREIZEIT?

Erhebungen zeigen, dass es Leute gibt, die die neu gewonnene Freizeit für Zusatzverdienste nutzen und damit den Zweck zusätzlicher Ferien umgehen. Diese Tendenz wird weiter verstärkt, wenn die Arbeitnehmenden davon ausgehen müssen, dass die Löhne über längere Zeit eingefroren werden. Im besten Fall wird der Zusatzverdienst legal erworben. Im schlechtesten Fall handelt es sich um Schwarzarbeit. Sie schadet der Allgemeinheit, denn bei Schwarzarbeit gehen unsere Sozialwerke leer aus. Die AHV und die ALV werden dadurch ausgehöhlt. Ausserdem würde das von der Initiative angestrebte Ziel der besseren Erholung durch Schwarzarbeit zunichte gemacht.

GESAMTARBEITSVERTRÄGE INSGESAMT⁶

	Anzahl GAV	Unterstellte Arbeitnehmende
Total	615	1'682'900
Typ des GAV		
Verbands-GAV	209	1'378'800
Firmen-GAV ⁷	406	304'000
Wirtschaftssektor		
1. Sektor	9	7'400
2. Sektor	266	537'800
3. Sektor	332	819'900
Nicht zuzuordnen	8	317'700

Quelle: Bundesamt für Statistik, Erhebung der Gesamtarbeitsverträge in der Schweiz, 2007.

⁶Verbandsverträge und Firmenverträge, denen kein anderer GAV übergeordnet ist; ohne die unternehmensinternen GAV.

⁷Einschliesslich der GAV der öffentlichen Verwaltung.

DIE SCHWEIZ SETZT AUF SOZIALPARTNERSCHAFTLICHE LÖSUNGEN

Die Schweiz verfügt über ein liberales Arbeitsrecht. Dieser Vorteil des Wirtschaftsstandorts Schweiz darf nicht durch einen starren Verfassungsartikel preisgegeben werden. Obschon der gesetzliche Ferienanspruch heute vier Wochen beträgt, profitieren rund 1,7 Millionen Arbeitnehmende von branchenspezifischen Gesamtarbeitsverträgen und zahlreiche andere von Firmenregelungen, die über das gesetzliche Minimum hinausgehen. Diese sozialpartnerschaftlichen Lösungen sind optimal auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten der einzelnen Branchen und Unternehmen abgestimmt. So erhalten beispielsweise Beschäftigte in der Bauwirtschaft

aufgrund der stärkeren körperlichen Belastung bis zum 50. Altersjahr fünf Wochen und danach sechs Wochen Ferien. Die gleiche Rege-

«OPTIMALE LÖSUNGEN WIRD MAN AUCH IN ZUKUNFT AM BESTEN ZWISCHEN BRANCHEN UND SOZIALPARTNERN FINDEN.»

Hansjörg Hassler, Nationalrat BDP

lung gilt für die Holzverarbeitungs- und Uhrenindustrie. In der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie haben alle Angestellten Anrecht auf 25 Tage Ferien und bereits ab 40

Jahren steigt der Anspruch auf 27 und ab 50 Jahren auf 30 Tage an, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Die Ferieninitiative verhindert mit ihrer starren Forderung diese bewährten sozialpartnerschaftlichen Lösungen. Lösungen und Vereinbarungen, die sich notabene auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bewährt haben. Denn in den letzten Monaten mussten einzelne Unternehmen ihre Arbeitszeiten verlängern, um konkurrenzfähig zu bleiben. Diese befristete Massnahme konnten sie dank guter sozialpartnerschaftlicher Beziehungen in Absprache mit ihren Angestellten treffen.

MEHR FERIE HEISST MEHR STRESS AM ARBEITSPLATZ

Im Arbeitsalltag können mehr Ferien auch Nachteile mit sich bringen. Denn durch die längeren Absenzen entstehen längere Stellvertretungszeiten. Um diese optimal aufzufangen, müsste die Arbeit auf mehrere Mitarbeitende verteilt werden können. Um aber eine Woche reduzierte Arbeitszeit mit einer zusätzlichen Stelle aufzufangen, müssten in einem Betrieb etwa 40 gleichartige Arbeitsplätze bestehen. Das erreichen unsere KMU und auch die Teams in grossen Unternehmen meist nicht. Die ausfallende Arbeitszeit wird also kaum durch mehr Personal ausgeglichen. Folglich muss die gleiche Arbeit durch weniger Personen in kürzerer Zeit erledigt wer-

den. Das führt zu mehr Hektik am Arbeitsplatz und damit zu mehr Stress für den Einzelnen. Das gilt besonders auch für die Person, die die Ferien bezieht. Hat sie keine Stellvertretung, werden Stress und Arbeitszeiten vor und nach den Ferien zunehmen. Die hehren Ziele der Initianten führen damit genau ins Gegenteil, nämlich zu mehr Stress für alle. Das führt zu höheren Stresskosten und zu Mehrkosten für die Krankenkassen und die Invalidenversicherung.

ARBEITNEHMENDE PROFITIEREN: MEHR FREIZEIT UND MEHR LOHN

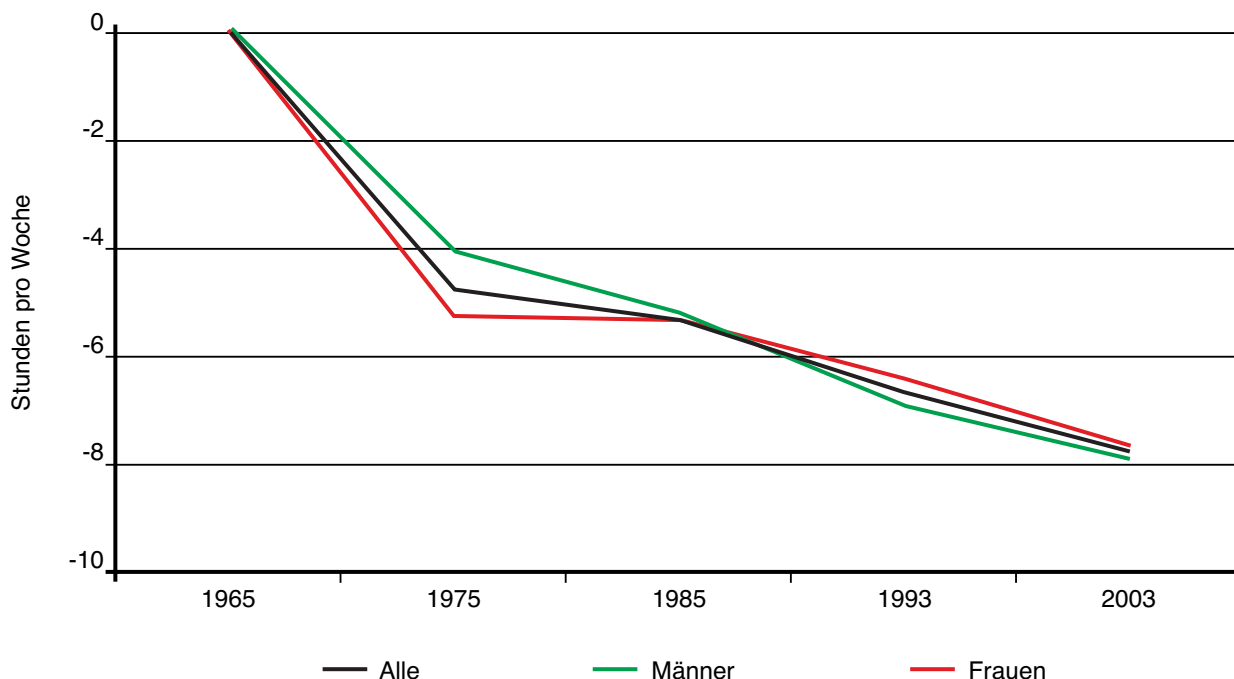
Die Initianten argumentieren, dass der Arbeitsstress und die Produktivität in den vergangenen Jahrzehnten massiv zugenommen haben. Die Angestellten hätten sich mehr Ferien

verdient. Ein Blick auf die Ergebnisse internationaler Zeitverwendungsstudien zeigt allerdings ein anderes Bild: Die Zeit für Freizeitaktivitäten nimmt seit Jahrzehnten zu.⁸

Durch technische Innovationen wurden Arbeitsabläufe schlanker, schneller und weniger belastend für den Einzelnen. Die Hilfsmittel steigerten die Produktivität, erleichterten gleichzeitig die anfallenden Arbeiten und sorgten so für mehr Freizeit.

Der Kaufkraftvergleich der vergangenen 20 Jahre in der Schweiz zeigt zudem, dass die Arbeitnehmenden auch in materieller Hinsicht profitiert haben. So sind die Reallöhne in den letzten 20 Jahren um 9,6 Prozent, in den letzten zehn Jahren um 6,8 Prozent gestiegen.⁹

WÖCHENTLICHE ARBEITSZEIT IN STUNDEN IM VERGLEICH ZU 1965, ABHÄNGIG VON GESCHLECHT UND DEMOGRAFIE



⁸ Measuring Trends in Leisure: The Allocation of Time over Five Decades, Mark Aguiar and Erik Hurst, Federal Reserve Bank of Boston, 2006.

⁹ Quelle: Bundesamt für Statistik, Schweizerischer Lohnindex, Landesindex der Konsumentenpreise, <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/04/blank/data/02.Document.61751.xls>

DIE INITIATIVE DER GEWERKSCHAFTEN VERSPRICHT MEHR ERHOLUNG. DOCH IN TAT UND WAHRHEIT IST DIE FERIENINITIATIVE EINE FERIENFALLE FÜR ARBEITNEHMENDE. DENN DIE INITIATIVE ...

...SCHWÄCHT UNSERE KMU IN EINER SCHWIERIGEN WIRTSCHAFTLICHEN PHASE;

...GEFÄHRDET ARBEITSPLÄTZE UND WOHLSTAND IN DER SCHWEIZ;

...GEFÄHRDET DIE BEWÄHRTEN SOZIALPARTNERSCHAFTLICHEN LÖSUNGEN IN DEN BRANCHEN UND BETRIEBEN;

...FÜHRT ZU WENIGER FLEXIBILITÄT IN DER ARBEITSZEITGESTALTUNG;

...ERHÖHT DEN STRESS AM ARBEITSPLATZ;

...FÜHRT ZU TIEFEREN LÖHNEN.

DIE INITIATIVE IM WORTLAUT

DER INITIATIVTEXT

I DIE BUNDESVERFASSUNG VOM 18. APRIL 1999 WIRD WIE FOLGT GEÄNDERT:

Art. 110 Abs. 4 (neu)

4 Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Anspruch auf bezahlte Ferien von jährlich mindestens sechs Wochen.

II

DIE ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN DER BUNDESVERFASSUNG WERDEN WIE FOLGT GEÄNDERT:

Art. 197 Ziff. 8 (neu)

8 Übergangsbestimmungen zu Art. 110 Abs. 4 (neu)

1 Im Kalenderjahr, das der Annahme von Art. 110 Abs. 4 durch Volk und Stände folgt, haben alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf mindestens fünf Wochen Ferien. In den darauffolgenden fünf Kalenderjahren steigt der Anspruch jährlich um einen Tag.

2 Bis zum Inkrafttreten der geänderten Bundesgesetzgebung regelt der Bundesrat die notwendigen Einzelheiten.

**Bundesrat und
Parlament empfehlen
am 11. März ein NEIN
zur Ferieninitiative.**

Volksinitiativen „6 Wochen Ferien für alle“

Abstimmung vom 11. März 2012

1. Worum geht es

1.1. Was will die Initiative?

Die Initiative des Gewerkschaftsdachverbandes TravailSuisse verlangt, dass alle Arbeitnehmer einen Anspruch auf sechs Wochen bezahlte Ferien haben.

1.2. Wortlaut

Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 110 Abs. 4 (neu)

4 Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Anspruch auf bezahlte Ferien von jährlich mindestens sechs Wochen.

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 8 (neu)

8. Übergangsbestimmungen zu Art. 110 Abs. 4 (neu)

1 Im Kalenderjahr, das der Annahme von Artikel 110 Absatz 4 durch Volk und Stände folgt, haben alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf mindestens fünf Wochen Ferien. In den darauffolgenden fünf Kalenderjahren steigt der Anspruch jährlich um einen Tag.

2 Bis zum Inkrafttreten der geänderten Bundesgesetzgebung regelt der Bundesrat die notwendigen Einzelheiten.

2. Positionen und Argumente

2.1. Positionen

Bundesrat und Parlament lehnen die Vorlage ohne Gegenentwurf ab. Einzig SP und Grüne unterstützten die Initiative. Neben FDP, SVP, CVP, BDP und GLP lehnen auch economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband, der Schweizerische Arbeitgeberverband sowie weitere Wirtschaftsorganisationen, Verbände und die Kantone das Volksbegehren ab.



2.2. Argumente

FDP. Die Liberalen lehnt die Initiative ab. Denn sie ist für speziell für KMU schlicht unzumutbar, gefährdet Arbeitsplätze und verhindert kluge, branchenspezifische Lösungen.

- › **Für KMU unzumutbar:** Bei einer Annahme der Initiative steigen die Arbeitskosten für die meisten Firmen um einen halben Monatslohn pro Mitarbeiter. Zudem müssen die Firmen mehr Absenzen und Kosten für Stellvertretungen in Kauf nehmen. Ausgerechnet zu Beginn des wirtschaftlichen Abschwungs wird der Überlebenskampf für KMU noch härter. Viele sind in ihrer Existenz bedroht.
- › **Gift für Wettbewerbsfähigkeit:** Hochgerechnet auf die Gesamtwirtschaft bringt die Initiative 6 Milliarden Franken an zusätzlichen Arbeitskosten, die in der Schweiz ohnehin schon höher als im Ausland sind. Der starke Franken belastet die Unternehmen schon genug. Eine weitere Schwächung der Schweizer Wettbewerbsfähigkeit liegt nicht drin – erst recht nicht in diesen schwierigen Zeiten.
- › **Gift für Arbeitsplätze:** Als Folge der geschwächten Wettbewerbsfähigkeit müssen viele Firmen Arbeitsplätze streichen, ins Ausland verlagern oder gar den Betrieb ganz einstellen. Wegen der höheren Kosten werden sich weniger ausländische Unternehmen in der Schweiz niederlassen.
- › **Gift für Zulieferindustrie:** Höheren Arbeitskosten zwingen viele Schweizer Firmen, beim Einkauf die Kosten zu senken und vermehrt Leistungen aus dem Ausland zu beziehen.
- › **Grosszügige Arbeitgeber:** Mit jährlich durchschnittlich 4,8 Wochen für 20-49-Jährige resp. 5,4 Wochen für über 50-Jährige gewähren Schweizer Firmen ihren Angestellten schon heute mehr Ferien als gesetzlich verlangt. Nicht eingerechnet sind dabei die jährlich durchschnittlich 8-10 bezahlten Feiertage, die ebenfalls oft über das gesetzliche Minimum (8 Tage) hinausgehen.
- › **Ende für Flexibilität:** Schon heute gibt es in vielen Branchen Verträge, die den Arbeitnehmern 5 oder mehr Wochen Ferien garantieren – ein Beleg für die funktionierende Sozialpartnerschaft in der Schweiz. Eine starre Vorschrift in der Verfassung verunmöglicht flexible, branchengerechte Lösungen.
- › **Ende für Sozialpartnerschaft:** Die Initiative gefährdet eine grosse Schweizer Errungenschaft: die Sozialpartnerschaft. In vielen Branchen gewähren die Unternehmen ihren Angestellten schon heute mehr als die gesetzlich vorgeschriebenen 4 Wochen Ferien (s. oben). Bei einer Annahme der Initiative sind diese flexiblen Lösungen hinfällig und werden durch eine starre Vorschrift ersetzt. Das widerspricht der erfolgreichen, liberalen Tradition der Sozialpartnerschaft, die bisher ohne staatliche Zwänge faire und zumutbare Lösungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber garantiert hat.
- › **Höhere Steuern:** Da die Initiative auch öffentlich-rechtliche Stellen betrifft, belasten die erhöhten Arbeitskosten die Budgets von Gemeinden und Kantonen. Steuererhöhungen sind vorprogrammiert.
- › **Tiefere Löhne:** Die Initianten fordern, dass die Löhne trotz mehr Ferien stabil bleiben. Viele Firmen können sich das schlicht nicht leisten. Der Spielraum für Lohnerhöhungen wird kleiner.
- › **Mehr Stress am Arbeitsplatz:** In Firmen, die sich keine Stellvertretung leisten können, führen mehr Absenzen zu mehr Stress für die Anwesenden. Zudem gilt: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“, d.h. es wird mehr Arbeit vor und nach den Ferien geben. Langfristige Folgen des zusätzlichen Stresses sind Mehrkosten für die Krankenkassen und die IV.
- › **Mehr Schwarzarbeit:** Erhebungen lassen den Schluss zu, dass viele Arbeitnehmer die zusätzlichen Freitage für Zusatzverdienste nutzen – im schlechtesten Fall handelt es sich dabei um Schwarzarbeit.